



Stefan Weinert – 8. Juni 2024

Wahlsonntag: „Unser Geld für unsere Leute“ oder „Teilen statt spalten“?

Ich bin Stefan Weinert von der Rundfunkarbeit im Bistum Trier.

Diese Folge von „himmelwärts und erdverbunden“ veröffentlichen wir am Samstag, den 8. Juni, also am Wahlwochenende – Europawahl und in mehreren Bundesländern Kommunalwahlen, auch in Rheinland-Pfalz und im Saarland. Und eine der wichtigen Fragen ist – wie schneidet die AfD ab, gerade bei der Europawahl? Im EU-Parlament ist die Partei gerade isoliert. Die Kolleg*innen von der Rechtsaußen-Fraktion „Identität und Demokratie“ haben die AfD aus ihrer Fraktion ausgeschlossen. Und das sind wahrhaftig keine Waisenknaben, dazu gehören unter anderem Marine Le Pens „Rassemblement National“ aus Frankreich, die italienische Lega und Vlaams Belang aus Belgien. Selbst denen war die AfD irgendwie - zu schmutzilig.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat im Februar klare Kante gezeigt und wörtlich festgestellt: „Rechtsextreme Parteien und solche, die am Rande dieser Ideologie wuchern, können für Christinnen und Christen kein Ort ihrer politischen Betätigung sein und sind auch nicht wählbar.“ Punkt. In ihrer Begründung heben die Bischöfe ab

auf den „völkischen Nationalismus“ dieser Parteien. Dazu wieder ein Zitat: „Der Rechtsextremismus behauptet die Existenz von Völkern, die angeblich in ihrem ‚Wesen‘ und in den kulturellen Lebensgestalten scharf von den anderen Völkern abgegrenzt werden können. (...) Das Volk ist für diese Ideologie eine Abstammungs-, letztlich eine Blutgemeinschaft. Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher ethnischer Herkunft, religiöser Zugehörigkeit und kultureller Prägung wird von diesem Denken deshalb prinzipiell infrage gestellt, wenn nicht gar verworfen. (...) Rechtsextremistische Gesinnungen und Konzepte zielen fundamental auf Ab- und Ausgrenzung“ – soweit die Bischöfe in ihrer Erklärung.

Und dabei haben sie ausdrücklich die AfD genannt. Das heißt: Aus Sicht der deutschen Bischöfe ist die AfD für Christ*innen nicht wählbar. Und nicht nur die Bischöfe haben diesen Trennungsstrich gezogen, sondern auch andere christliche Kirchen, Organisationen, Verbände. Es gibt einen ökumenischen Aufruf zur Europawahl gemeinsam von der katholischen Bischofskonferenz, der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen; das katholische Hilfswerk Misereor hat sich klar gegen die AfD positioniert; der Bund der deutschen katholischen Jugend und andere. Und warum ich persönlich das gut und richtig finde, möchte ich erläutern anhand von drei Wahlplakaten der AfD, die mir hier in Trier aufgefallen sind.

Zum Beispiel: „Abschieben schafft Wohnraum.“ Klar – in Deutschland fehlt bezahlbarer Wohnraum. Also zügiger und konsequenter abschieben, damit Wohnungen frei werden? Was ist da faktisch dran? Das Bündnis „Soziales Wohnen“, dem unter anderem der Deutsche Mieterbund, ein Fachverband der Caritas und zwei Verbände der Bauwirtschaft angehören, also dieses Bündnis hat Anfang des Jahres eine Studie vorgestellt; danach fehlen in Deutschland allein über 900.000 Sozialwohnungen. Auf der anderen Seite: Ausreisepflichtige Ausländer*innen gab’s Ende 2023 nur gut 240.000, von denen knapp 200.000 eine Duldung besaßen, die konnten also aus gutem Grund trotz Ausreisepflicht nicht abgeschoben werden. Das sind übrigens Zahlen, die der Bundestag veröffentlicht hat. Das heißt, nach geltendem Recht geht’s da nur um gut 50.000 Menschen, die eigentlich wohl abgeschoben werden könnten. 50.000 – wo sollen da bitte über 900.000 Sozialwohnungen

herkommen? Das ist also gleich mal ein Klassiker rechtsextremer Pseudo-Argumentation. Ein tatsächliches Problem, nämlich der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, das wird Menschen in die Schuhe geschoben, die bei uns Zuflucht suchen – von denen möchte die AfD ja sowieso möglichst wenige in Deutschland haben. Da werden zwei Gruppen von Menschen, denen es schlecht geht, gegeneinander ausgespielt. Menschen, die Probleme haben, eine für sie bezahlbare Wohnung zu finden und eben Menschen, die zu uns geflüchtet sind. Das ist Hetze und Spaltung und sonst nichts. Und passt zu dem, was die deutschen Bischöfe schreiben über den völkischen Nationalismus der AfD: „Die Konzentration auf das kulturell homogen gedachte eigene Volk geht notwendig einher mit einer Verengung des Solidaritätsprinzips (...). Rechtsextreme verlangen nach einem ‚Sozialpatriotismus‘, womit sie die Solidarität innerhalb des völkisch-national verstandenen Volkes meinen. (...) Allen, die nicht der eigenen Gemeinschaft zugehören, wird Solidarität verweigert. Das gilt für Schutzsuchende, die man generell nicht mehr ins Land lassen will. Und es gilt für die Bedürftigen andernorts: Entwicklungszusammenarbeit mit armen Ländern wird deshalb (...) abgelehnt (...)“ – Ende des Zitats, und dazu passt das zweite AfD-Wahlplakat, auf dem steht nämlich: „Unser Geld für unsere Leute.“

Was ist gemeint mit „unserem“ Geld? Wohl das Geld des Staates, also die Steuereinnahmen. Deutsche Steuergelder sollen also nur noch für „unsere Leute“ ausgegeben werden. Wer ist das – „unsere Leute“? Menschen in Deutschland? Oder noch enger – nur deutsche Menschen in Deutschland? Was ist dann mit den Steuern, die Nicht-Deutsche in Deutschland bezahlen? Ich bin mal übelst klischeehaft und frage: Was ist mit dem türkischen Döner-Imbiss? Zahlt Steuern. Unser Geld? Und wenn der Besitzer des Dönerladens die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hat – zählt er dann für die AfD zu „unseren Leuten“? In rechten Kreisen wird ja gerne mal fein unterschieden zwischen „echten“ Deutschen und solchen, die eingebürgert wurden – da ist sie nämlich, die „Abstammungs- und Blutsgemeinschaft“, von der die deutschen Bischöfe schreiben. Für wen „unser Geld“ nach den Vorstellungen der AfD sicher nicht ausgegeben werden soll, sind Geflüchtete und Menschen in den Ländern des globalen Südens. Im Bundestag hat die AfD für das Haushaltsjahr 2024 eine radikale Kürzung der Entwicklungshilfegelder verlangt um mindestens die Hälfte. Das ist Solidaritätsverweigerung, völkisch-nationaler Egoismus.

Der gipfelt dann im dritten Plakat: „Unser Land zuerst.“ Erinnert natürlich an den alten Slogan „America first“ in den USA. Donald Trump hat den 2016 wiederbelebt und zu seinem Motto gemacht. „Unser Land zuerst“ ist brutaler Ellenbogen-Egoismus auf nationaler Ebene. Ist eine Absage an Partnerschaften, an Ausgleich, eine Absage an internationale Gerechtigkeit, an Entwicklungszusammenarbeit, an Gemeinwohl. Und ist eine Absage natürlich auch an die EU. Papst Franziskus schreibt 2020 in seiner Enzyklika „Fratelli tutti“ „Solidarität (...) bedeutet, dass man im Sinne der Gemeinschaft denkt und handelt, dass man dem Leben aller Vorrang einräumt - und nicht der Aneignung der Güter durch einige wenige. Es bedeutet auch, dass man gegen die strukturellen Ursachen der Armut kämpft: Ungleichheit, das Fehlen von Arbeit, Boden und Wohnung, die Verweigerung der sozialen Rechte und der Arbeitsrechte. (...) Gegenseitige Hilfe zwischen Ländern kommt letztlich allen zugute. (...) Wir müssen das Bewusstsein dafür schärfen, dass wir die Probleme unserer Zeit nur gemeinsam oder gar nicht bewältigen werden.“ Mit Papst Franziskus gilt: Die Armen zuerst – nicht unser Land zuerst.

Diese drei Wahlplakate der AfD machen mir deutlich, wie weit diese Partei entfernt ist von dem, was Christ*innen wertvoll und wichtig ist. Da gab's ein Plakat einer anderen Partei – wer wissen will, von welcher, findet's über Google – ein Plakat, das, genau konträr zur AfD, ziemlich gut die christliche Haltung trifft: „Teilen statt spalten“. „Abschieben schafft Wohnraum“? „Unser Geld für unsere Leute“? „Unser Land zuerst“? Nein – „teilen statt spalten“.

Die katholischen Bischöfe der EUREGIO – also die Bischöfe von Luxemburg und Trier; von Metz, Verdun, Troyes und von Nancy und Toul in Frankreich; und von Lüttich und Namur in Belgien – diese acht Bischöfe haben einen gemeinsamen Hirtenbrief verfasst zur Europawahl. Viele gute Gedanken, wie andere Texte auch verlinken wir den in den Shownotes. Am Schluss ihres Hirtenbriefs schreiben die Bischöfe: „Damit Europa den ethischen Herausforderungen von heute gewachsen ist, den Herausforderungen der Gerechtigkeit, Solidarität, Achtung der Rechte und der Freiheit“ - damit also Europa diesen Herausforderungen gewachsen ist, „müssen alle gleichermaßen von der Sorge um das Gemeinwohl unserer europäischen Vaterländer und von der Sorge um die Einheit in der Vielfalt beseelt sein. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass wir in Europa in Frieden leben und zum Frieden in der Welt beitragen können. (...) Es ist ein neuer Humanismus, der auf der Grundlage der Fähigkeit, zu integrieren statt auszuschließen, entstehen muss, auf der Grundlage einer Synthese der Merkmale der verschiedenen

Kulturen. Es ist ein Humanismus, der von unserer gemeinsamen kulturellen und spirituellen Geschichte genährt wird. Es ist ein Humanismus, der offen ist für das Anderssein und die Vielfalt der Kulturen, der offen ist für Fremde und Migranten. Es ist ein Humanismus, der den Dialog fordert und sich auf unsere Kontakte und Begegnungen stützt. (...) Mögen wir uns, wenn wir unsere Stimmzettel in die Wahlurne werfen, bewusst sein, dass wir für ein Projekt der Hoffnung stimmen.“

Also, für mich bleibt es dabei: Für Christ*innen ist die AfD nicht wählbar. Bei keiner Wahl, und bei der Europawahl schon gar nicht.